

Sauerländisches Volksblatt

Ältester Anzeiger für das Sauerland

Das „S. V.“ erscheint jeden Freitag früh und kostet monatlich a) durch die Post und unsere Boten 1,75 G.-M. zugl. Bestellgeld; b) in unserer Geschäftsstelle abgeholt 1,75 G.-M. Einzelpreis 10 G.-Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten sowie jeder Briefträger entgegen. Störungen durch höhere Gewalt und Ausfall des Postverkehrs keine Entschädigung. : : Geschäftsstellen: Frankfurtstr. 16 und Bahnhofstr. 3. — Returpost 2. Postfachkonto Köln 10158.

SB

Begr. 1840.

Ämtliches Kreisblatt des Kreises Olpe

Anzeigenpreise: 1 Millimeter Höhe in der 35 Millimeter breiten Spalte im Ortsvertrieb 8 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennige; Reklamen 1 Millimeter Höhe in der 75 Millimeter breiten Text-Spalte 40 Goldpfennige. Auslandsanzeigen: Kalendarausschlag, bei Auskunft und Offertenannahme und Weiterbeförderung entsprechende Zuschläge. Anzeigen Rechnungen sind innerhalb 14 Tagen zahlbar, andernfalls Zinszuschläge in Höhe der Bankzinsen.

Nr. 298

Olpe, Montag, den 22. Dezember 1924

84. Jahrg.

Die vertagte Krise.

Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter:
Nach dem nahenden Weihnachtstest hat es nicht vermocht, in die verstorbenen Parteien einen Blick zu bringen. Es bleibt jetzt nur noch die schwache Hoffnung, daß die verstorbenen Parteien sich doch noch im Zeichen des Christbaumes erweisen lassen!

Die Krise wurde vertagt, weil es einfach unmöglich war, unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine positive Mehrheit zusammenzubringen. Das ist gerade kein rühmliches Zeichen für diesen Reichstag und kein verbesserungsvoller Anfang für seine Arbeit! Als charakteristisch für die Verwirrung der Gemüter, die durch die jetzige Lage angerichtet worden ist, mag das allerdings fälsche, aber doch auch von ernsthaften politischen und parlamentarischen Kreisen des Reichstages folgerichtig geäußert worden sein, daß der Reichstag erneut aufgelöst werden soll! Davon kann natürlich gar keine Rede sein, es muß vielmehr der Versuch gemacht werden, diesen Reichstag arbeitsfähig zu machen und die Parteien werden aus dem Zwang dieser Verhältnisse aus ihrer selbst die notwendigen Folgerungen ziehen müssen!

Die jetzige Regierung wird also bis zur Lösung der Krise ihr Amt weiter führen. Allerdings ist sie, nachdem sie sich im demissionären Zustande befindet, nicht mehr im Vollbesitz aller Gewalt, sondern nur geschäftsführend tätig. Für den Augenblick ist das ja nun doch die größte politische Arbeit angeht der Festlegung in allen Ländern unterbrochen wird, von dieser Wahrung der Amtsfähigkeit der deutschen Regierung kein besonderer Nachteil zu befürchten. In dessen läßt es sich nicht leugnen, daß das, was wir gegenwärtig vor uns sehen, ein im höchsten Grade unerfreulicher Zustand ist.

Dabei ist es noch garnicht einmal sicher, ob es wirklich gelingt, bis zum Winteranfang den Reichstag so zu beschaffen, wie sich jetzt als unmöglich herausgestellt hat. Auf eine Sinnänderung der Parteien, die vorläufig auf ihren Beschluß beharren, braucht man ebensowenig zu rechnen, wie auf eine Aufgabe der Forderungen der bisherigen Mittelparteien, daß die Deutsche Volkspartei, die sich von dieser parlamentarischen Gruppierung ohne Fühlungnahme mit den beiden feindlichen Kontrahenten gelöst hat, nun auch ihrerseits für die Neuordnung Sorge trägt.

Es wird, wie die Dinge heute stehen, wohl garnichts anderes übrig bleiben, als irgend eine Regierung zu bilden, und es dann darauf ankommen zu lassen, was die übrigen Parteien mit ihr im Reichstag anfangen. Eine solche Entwicklung müßte man geradezu begründen, um endlich einmal in aller Öffentlichkeit die Parteien zu zwingen, die Verantwortung für den Sturz einer Regierung zu übernehmen, um sie dann damit auch zwingen zu können, die Konsequenzen aus ihrem Verhalten zu tragen. Bisher ist noch keine einzige, im Zeichen des parlamentarischen Systems bei uns gebildete Regierung in offener Selbstkritik geäußert worden. Alle Krisen sind hinter den Rücken angezettelt und auch ohne Mühe und Not wieder ausgeglichen worden. Es wird aber auch einmal gut sein, die Dinge aus den vier Wänden der Parteibewertung herauszuführen, mitten in die große Öffentlichkeit. Eine offene und klare Politik! Das ist jetzt das Ziel und die Forderung der Stunde!

Zusammentritt des Reichstages.

SB Berlin, 21. Dez. Die erste Sitzung des Reichstages ist vom Reichstagspräsidenten Wallraf bestimmt auf Montag, den 5. Januar, nachmittags 3 Uhr anberaumt worden.

Die erste Sitzung des Landtages.

SB Berlin, 21. Dez. Der Ständige Ausschuss des Preussischen Landtages beschäftigte sich am Freitag mit der Frage der Einberufung des neuen Landtages. Es wurde beschlossen, an dem bisherigen Datum, 5. Januar 1925, festzuhalten. Die Sitzung soll nachmittags drei Uhr beginnen.

Die Deutschnationalen Reichstagsfraktion

Die Lage im Reichstag hat sich seit dem 29. August, bei dem unter Führung des bisherigen Vorsitzenden Herrgott die deutschnationalen Reichstagsfraktion in zwei Hälften zerfiel, erheblich verändert. Die Position Herrgotts als Vorsitzender der Gesamtfraktion ist erschüttert. Sein Rücktritt von diesem Amt ist noch vor der Reichstagsauflösung erfolgt. Bis jetzt führt provisorisch der preussische Abgeordnete Winkler den Vorsitz der deutschnationalen Partei, aber auch er fand lebhaften Widerstand in den eigenen Reihen. Nun haben die Deutschnationalen zu einer Neuwahl des Vorsitzenden schreiben müssen, und es wurde als Nachfolger Herrgotts im Vorsitz der Reichstagsfraktion der deutschnationalen Partei der Abgeordnete Martin Schiele bestimmt. Diese Wahl ging aber nicht ganz glatt vonstatten, nachdem eine starke Gruppe den noch viel härter als Schiele eingestellten Grafen Westarp zum Parteivorstand wählte. Es ist bemerkenswert, daß die „Deutsche Zeitung“ ausplaudert, Westarp solle sich kränken, denn er würde in absehbarer Zeit für einen anderen Posten in Frage kommen. Tatsächlich ist ja beachtlich, Westarp den Posten des preussischen Innenministers zuzuschlagen. Westarp als Nachfolger Herrgotts ist gerade auch vom Standpunkt der Zentrumsfraktion ein Warnsignal. Schon immer in Vorlesungszeiten hat die Zentrumsfraktion in scharfem Kampf mit den damaligen Konservativen unter Vorsitz Westarps im Ringen um die Parität gestanden. Die auch heute noch kümmer-

liche Berücksichtigung von Angehörigen des katholischen Volksteils und der Zentrumsfraktion in den Verwaltungsgeschäften würde unter einem Grafen Westarp als preussischen Innenminister im höchsten Grade erschüttert werden.

Recht bemerkenswert ist die Wahl Schieles zum Vorsitzenden der Reichstagsfraktion der Deutschnationalen, wenn man weiß, daß er bei der großen Abstimmung vom 29. August über die Londoner Vereinbarung überhaupt nicht im Reichstag war. Er hat damals bei der Abstimmung gefehlt, sich also weder für Ja noch für Nein entschieden. Und offenbar ist er gerade deshalb für besonders geeignet zur Übernahme des Amtes angesehen worden.

Im übrigen haben die Deutschnationalen den Abgeordneten Schulz-Bornberg, der auch bisher schon als Sprecher der Fraktion namentlich in Geschäftsordnungsfragen auftrat, in dieser Eigenschaft wieder befristet. Am meisten muß aber überraschen, daß die Deutschnationalen in diesem Augenblick den Ehrenvorsitz ihrer Fraktion von Tirpitz übertragen, der auf die schweren, ihm wegen der Entwendung amtlicher Dokumente öffentlich gemachten Vorwürfe und auf die von dem Historiker Dr. Thiele öffentlich gestellten drei Fragen, die seine persönliche Ehre unmittelbar angehen, bis heute mit keinem Wort geantwortet hat.

Die Not der Regierungsbildung.

Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter:
Nachdem nun auch die Bemühungen, die der bisherige Reichstagsminister Marx um die Regierungsbildung unternommen hat, gescheitert sind, bleibt nichts anderes übrig, als die Feststellung, daß im gegenwärtigen Reichstag eine feste Mehrheit nicht vorhanden ist.

Die Feststellung dieser Tatsache drückt der Beurteilung des Ergebnisses der letzten Reichstagswahlen den Stempel auf. Es ist also mit der Vornahme dieser Wahlen das eigentliche Ziel, das ihnen gesteckt war, nämlich eine tragfähige Mehrheit zu schaffen, die der Regierung für die großen Aufgaben zur Verfügung steht, nicht erreicht worden.

Es ist nicht allein der Umstand — obwohl auch dieser etwas mitspricht — daß die Parteien durch den Wahlkampf stark auseinandergeraten sind — und insbesondere gilt das für die bisherigen Regierungsparteien Demokraten und Deutsche Volkspartei —, sondern vielmehr die Tatsache, daß aus allgemeinpolitischen Gründen, also um ihrer Einstellung zur Bewältigung der kommenden Aufgaben willen, diese Parteien nicht zueinander kommen können.

Wie die Dinge heute stehen, würden wir im künftigen Reichstag keine Regierungsbildung, wohl aber eine Minderheitsregierung haben. Wie im einzelnen diese Minderheitsregierung zusammengelegt sein wird, ist im Augenblick, in dem diese Zeilen geschrieben werden, immer noch nicht zu erkennen. Es gibt, nachdem die Deutsche Volkspartei aus neuerdings jede Beteiligung an einer Regierung, in der die Sozialdemokraten und Demokraten vertreten wären, ablehnt, und nachdem die Bayerische Volkspartei diesen Standpunkt eingenommen hat, eigentlich nur noch zwei Möglichkeiten. Entweder eine Minderheitsregierung bestehend aus Deutschnationalen und Deutscher Volkspartei oder eine Minderheitsregierung bestehend aus Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten. Das letztere würde die Weimarer Parteigruppierung bedeuten. Das Zentrum aber vertritt keine Regierung, in eine solche Koalition unter den heutigen Verhältnissen ist zu begeben und zwar wiederum nicht aus parteipolitischen Gründen, obwohl selbstverständlich die Schwierigkeiten für einen Teil der Parteiangehörigen auf der Hand liegen, sondern gleichfalls aus politischen Gründen. Man sieht es im Zentrum als unerlässlich an, daß angesichts der sehr wichtigen außenpolitischen und namentlich innerwirtschaftlichen Fragen auch die in den Reichsparteien vertretenen Kreise der Produktion und Wirtschaft mit teilnehmen. Es ist so nur erinnert an die Vorkriegszeit, die ja jetzt erst von dem Reichstag unternommen werden muß. Es wird sich dabei um etwa ein Duzend Steuererlässe handeln, in denen der Versuch gemacht werden soll, die durch die Londoner Vereinbarungen übernommenen Verpflichtungen abzugleichen. Es wird sich dabei um Entschädigungen von außerordentlicher Tragweite handeln und es ist nicht zu denken, wie all das durchzuführen werden soll unter dem Widerstand einer wirtschaftlich besonders bedeutungsvollen Bevölkerungsschicht. Andererseits ist es aber auch unmöglich, eine derartige Lastenverteilung, die doch der großen Masse des Volkes auferlegt werden muß, vorzunehmen, etwa mit dem Widerstand derjenigen Parteien, in der ein großer Volksteil nun einmal keine politische und parlamentarische Vertretung findet. — Die Probleme also, die sich bei der jetzigen Regierungsbildung aufwerfen, sind viel kritischer in ihrem Inhalt und viel schwieriger in ihrer Bewältigung als diejenigen Aufgaben, die dem alten Reichstag übertragen waren. Und noch immer ist kein Ausweg zu erkennen.

Die Sicherung unserer Währung.

Von unserem wirtschaftspolitischen Mitarbeiter:
Dieser Tage hat der Reichsbankpräsident Dr. Schacht im Kreise der deutschen Bankiers einen Vortrag gehalten, dessen Gedankengänge das weiteste Interesse beanspruchen. Der Reichsbankpräsident brachte sich vor allen Dingen mit der Frage der Sicherung der Währung. Er ließ mit keinem Zweifel darüber, daß die allerhöchste Sorge der Reichsbank die Sicherung unserer jetzigen Währungsgrundlage und damit die unbedingte Erhaltung der Stabilität ist. Das bedingt, daß mit den stärksten Nachdruck alle nur irgendwiesend erdenklichen Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die Geldart zu erhalten zu erhalten. Gewiß wird es nicht an Verlusten fehlen — und wir können sie auch nicht wieder beobachten — um die Geldart zu erhalten und damit gegen die Stabilität der Währung selber anzukämpfen und eine neue Inflationsperiode herbeizuführen, von der sich gewisslose Spekulantien, die durch die Stabilisierung der deutschen Währung freigesetzt sind, die schlimmste Gefahr werden, wieder riesige Gewinne und die Einbringung ihrer bisherigen Verluste versprechen. Die Reichsbank und die Reichsfinanzverwaltung lassen nicht den geringsten Zweifel darüber aufkommen, daß sie mit allen Mitteln dahin streben, daß nicht gewisse Kreise der Wirtschaft, vor allen Dingen gewisslose Spekulantien, in ihrer Macht haben, zur Erhaltung der Währung förmlich zu zwingen, sondern daß umgekehrt der Staat es ist, der die Wirtschaft und die Spekulation zwingt, sich überlebens den zur Sicherung dieser Währung getroffenen Maßnahmen anzupassen.

Es ist erfreulich zu sagen, daß schon bei der heutigen Lage ohne übertriebenen Optimismus gesagt werden kann, daß die Reichsregierung und Reichsbank nach menschlichem Ermessen eine sichere Grundlage für die Erhaltung dieser Währung und für die Erhaltung der Geldstabilität geschaffen haben. Es liegen nicht weniger als zwei Milliarden an Gold und Devisen in der Reichsbank, und damit ist ein Fonds geschaffen, dem auch ein recht starker Ansturm nichts anhaben kann. Einen Fonds in solcher Höhe zu halten, ist aber auch unerlässlich, weil der deutschen Wirtschaft Kredite des Auslandes in außerordentlicher Höhe bisher schon zugeflossen sind und noch neue Kredite demnächst begeben werden. Aus der Aufwindung solcher Kredite können recht erhebliche, ja für die ganze Währung gefährdende Möglichkeiten erwachsen, wenn nicht für deren Abzug Reserven zur Verfügung stehen. So solcher Reserve wird der Fonds an Gold und Devisen in Höhe von zwei Milliarden Mark durchaus ausreichend sein. Aus den Ausführungen des Reichsbankpräsidenten ist weiterhin erfreulich zu entnehmen, daß die zwischenzeitlich eingetretene Entwertung des Geldmarktes aus alldem zu einer Ermäßigung des Diskonts führt. Wahrscheinlich wird diese Ermäßigung bereits Mitte Januar eintreten.

Das Schicksal der Stadt Saarlouis.

SB Saarlouis, 21. Dez. Die Stadtverordneten der Stadt Saarlouis haben gestern an den Reichstagspräsidenten eine Eingabe gerichtet, in der es u. a. heißt: „In diesen Tagen erhalten wir die Bestätigung der Richtigkeit eines seit Monaten umlaufenden Gerüchtes, wonach der französische Ministerpräsident Herrriot den Verzicht Frankreichs auf das Saargebiet und die Saargruben ausgesprochen hat, wenn die Stadt Saarlouis mit 7 Bürgermeistern ohne Abstimmung an Frankreich fallen. Wir, die gewählten Vertreter der Stadt Saarlouis, halten es für unsere heilige Pflicht, gegen diese beabsichtigte Veräußerung eines treu deutschen Volksteiles einmütig vor der ganzen zivilisierten Welt den allerhöchsten Einspruch zu erheben. Wir stützen uns dabei auf die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages, die den Bewohnern des Saargebietes das Selbstbestimmungsrecht geben. Das wir in schwerster Stunde trotz des Druckes der Willkürherrschaft unserer Vaterlande gelobt haben, ihm treu zu bleiben, bis zum Tode, ist heute so wahr wie damals. Wir waren gut deutsch, wie sind gut deutsch, und wir wollen gut deutsch bleiben. Die Abstimmung in 10 Jahren wird, davon sind wir überzeugt, eine glänzende Rechtfertigung des Treuegelübdes, aller Saarlöwiler zum Deutschtum bringen. Wir Bewohner der Stadt Saarlouis wollen hierbei an erster Stelle stehen. Denn wir haben für die Zukunft keinen brennenderen Wunsch als den der Wiedervereinigung mit unseren deutschen Brüdern!“

An den Völkerverbund wurde gleichfalls eine Eingabe gerichtet, in der gesagt wird: „Wir bitten dringend um Ihre Mithilfe, damit den ihr Deutschtum treu bewohnenden Bewohnern der Stadt Saarlouis die Möglichkeit gelassen wird, ihre Nationalität selbst zu bestimmen. Nach 10 Jahre soll dieser Zustand dauern. Nur die Hoffnung auf eine Abstimmung und damit auf die sehnlichst herbeigewünschte Freiheit machen uns diese Zeit erträglich. Wir geben uns der Erwartung hin, daß der Völkerverbund, von der Gerechtigkeit unserer Schläge überzeugt, niemals ein Gebiet mit rein deutscher Bevölkerung, die den sehnlichsten Wunsch hat, zu Deutschland zurückzukehren, ohne Abstimmung Frankreich übergeben kann.“

Eröffnung einer Volkshochschule.

SB Leipzig, 21. Dez. Heute nachmittag wurde in den Räumen der Mitteldeutschen Rundfunk-Gesellschaft eine Volkshochschule eröffnet, die als Erhebung für den Organisator des deutschen Rundfunks, Staatssekretär im Reichspostministerium Dr. Brebow, den Namen Hans Brebow-Schule führen wird. Staatssekretär Dr. Brebow war selbst anwesend. Er ergiff als erster in dem von den Präsidenten der Oberpostdirektionen Erhart Hall, Leipzig, Chemnitz, und der Oberbürgermeister der Städte, Erfurt, Halle, Leipzig und Weimar, sowie der Mitglieder des Direktoriums der Volkshochschule, die Aufgaben des Instituts für die Volkshochschule. Der Red. Dr. Brebow sprach: „Die Volkshochschule ist eine Einrichtung, die dem Volk die Möglichkeit gibt, sich zu bilden und zu erheben.“

Kurze Berichte vom Tage.

Der Völkerverbund zufolge sind die Saarminuten wieder auf 66 bezw. 62 Prozent festgelegt.

Der badische Landtag hat ohne Debatte einen Gegenantrag angenommen, der vornehmlich der reichsgesetzlichen Regelung für den Monat Januar eine 20 prozentige Aufbesserung für die unteren Beamtengruppen bringt.

Die Landesynode der evangelisch-lutherischen Kirche des Rheinlands hat den Vertrag mit dem Staat Bayern mit 71 gegen 19 Stimmen angenommen.

Wegen der bevorstehenden Weihnachtseier hat heute die deutsche Delegation die Handelsverhandlungen unterbrochen, die erst am dritten Januar in Form wieder aufgenommen werden sollen.

Die Entlassung von 9 politischen Gefangenen

SB Berlin, 21. Dez. Wie die Blätter aus München melden, sind die begnadigten 9 politischen Gefangenen heute mittag freigelassen worden. Jedem ist zu seinen Eltern nach Würzburg abgereist. Dem Tageblatt zufolge, wird er zur Wiederherstellung seiner politischen und persönlichen Ehre, die Wiederaufnahme seines Prozesses anstreben. Während jedoch die zweijährige Zuchthausstrafe ungebrochen bleibt, ist sein zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilter Schicksalsgefährte Redakteur Wendt geistig und körperlich so gebrochen, daß ihn der Leiter des Erbacher Zuchthauses, von seiner Freilassung nur in schmerzender Weise in Kenntnis setzen konnte. Der dritte den das Münchener Volksgericht verurteilte Dr. Gargus, der polnischer Staatsangehöriger ist, begibt sich zunächst nach Berlin. Auf dem Telephonamt in Landberg, wo Hitler und Oberleutnant Kriebel ihre Festungsbefehle verließen, sind zahllose Glückwunschkarten für die beiden Freigelassenen eingetroffen. Auf Anordnung Hitlers sind in München die nationalsozialistischen Kreise bemüht, öffentliche Kundgebungen bei der Rückkehr Hitlers und Kriebels zu verhindern.

Hitlers Freilassung beschlossen.

SB München, 21. Dez. Wie der Landesdienst des Südbayerischen Korrespondenzbüros erfährt, lautet der Beschluß des Obersten Landesgerichts auf sofortige Freilassung Hitlers. Die amtliche Veröffentlichung des Beschlusses steht unmittelbar bevor.

Das Ende der Steuerfuchseingebung.

SB Berlin, 21. Dez. Mit Rücksicht darauf, daß die bestehende Steuerfuchseingebung mit dem 31. Dezember 1924 ihr Ende erreicht, hat sich die Reichsregierung entschlossen, im Interesse der Vereinfachung der Besteuerung vom 1. Januar 1925 ab die bisher für die Ausreise aus dem Reichsgebiet erforderliche steuerliche Unbedenklichkeitserklärung der Finanzämter fortlassen zu lassen. Damit ist die Möglichkeit geschaffen, für Reichsangehörige den deutschen Steuerbescheid zu einem vereinfachten und für Reichsangehörige mit Wohnsitz oder dauerndem Aufenthalt im Inlande den Ausreisefischbescheid zu vereinfachen. Eine entsprechende Bekanntmachung des Reichsministers des Innern ist in Vorbereitung.

Note der deutschen Regierung dem Generalsekretär des Völkerverbundes überreicht.

SB Genf, 19. Dez. Der deutsche Konsul in Genf überreichte heute nachmittag dem Generalsekretär des Völkerverbundes die bereits angekündigte Note der deutschen Regierung, in der die weitere Aufschüßler über die Frage der Beteiligung Deutschlands an friegerischen Maßnahmen des Völkerverbundes verlangt.

Von Rhein und Ruhr.

Mancheiter Guardian über die Räumung der Kölner Zone.

SB London, 21. Dez. Mancheiter Guardian schreibt in seinem Leitartikel zu Lord Curzon's geistiger Erklärung über die Räumung der Kölner Zone: Wenn Deutschland nicht bis zum 10. Januar des Verstoßes gegen den Friedensvertrag überführt ist, der vorläufig eine Verlängerung der Befehlung rechtfertigt, ist es berechtigt, die Zurückziehung der Truppen zu verlangen. Da die Kommission ihren Bericht erst nach dem 10. Januar erstatten wird, wird es eine Verleumdung geben, während der die ausgemacht widerrechtliche Befehlung aufrechterhalten wird.

Obne einen Bruch des Friedensvertrages durch einen der Alliierten wird die Kontrolle insofern bereits an den Völkerverbund übergegangen sein. Deutschland soll offenbar für die Sünden büßen, die ihm gegenüber begangen worden sind. Die deutsche Zustimmung zu einer kurzen Verlängerung der Befehlung könnte ohne Zweifel gesichert werden. Bis die französischen Soldaten das Ruhrgebiet verlassen haben, wird Frankreich ein Abzügen seiner Verbindlichkeiten verhängen. Deutschland würde aber selber britische als französische Soldaten in Köln haben.

SB London, 21. Dez. Zu der Frage des Datums der Räumung der Kölner Zone ergriff Reuters, die Angelegenheit haben die beteiligten Regierungen schon in Rom erörtert. Vermutlich wird an dem vom Verfall der Vertrag festgelegten Datum, dem 10. Januar, der deutschen Regierung irgendeine Regierungsmittlung in dieser Angelegenheit übermittelt werden.

müssen. Die Verzögerung des Berichts der Militärkontrollkommission ist anscheinend zum Teil auf die Tatsache zurückzuführen, daß zum Zeitpunkt der Aufnahme an bis etwa September, wo der Daseinsplan zu laufen begann, keine Kontrolle vorhanden war.

WZB Paris, 21. Dez. Der Berliner Korrespondent des „Journal“ will aus gut autorisierter Quelle erfahren haben, daß Deutschland, wenn es nicht schon heute auf die Räumung der Rhöner Zone für den 10. Januar 1925 rechnet, sonst fest entschlossen sei, in der energiegelichsten Form dagegen zu protestieren, falls diese Verlängerung der Befehlsgewalt durch die Alliierten unter sich beschließen werde, ohne daß vorher Verhandlungen mit der deutschen Regierung eingeleitet worden seien.

Ein französischer Militär über die deutsche Enttarnung.

WZB Paris, 21. Dez. Ein Mitarbeiter der „Revue“ hat, wie angeblich, der französischen Nachschau, die die nationalsozialistischen Blätter u. a. in der Enttarnung veröffentlichten, bei einer hohen militärischen Persönlichkeit erkundigt und erfahren, daß das meiste, was über die Bewaffnung Deutschlands veröffentlicht wurde, unwahr ist. Der Mitarbeiter der „Revue“ hat auf Grund der ihm gewordenen Mitteilungen seine Feststellungen in folgende Punkte zusammengefaßt: 1. Das deutsche Oberkommando, das vielleicht von demselben Geiste befeuert ist, ist nicht auf der gleichen Grundlage aufgebaut. 2. Die 200.000 Mann Reichswehr und Polizei können im Höchstfalle, wenn die Mitglieder der militärischen Organisationen herangezogen werden, einhundert Millionen mobil machen. 3. Dieses Heer ist augenblicklich nicht mit genügendem Kriegsmaterial aller Art versehen. Dieses Material könnte erst nach etwa 10 Monaten befristet werden. 4. Die Mobilisierung und Konzentrierung, die vielleicht theoretisch vorbereitet sein könnte, seien in der Praxis nicht durchführbar. 5. Wenn es auch wahr sei, daß die Militärkontrollkommission nicht groß genug sei, um Deutschland seinen Willen aufzuzwingen, so sei es jedoch erfindlich, um einzugreifen und zur Wachsamkeit aufzufordern.

Beendigung der Arbeiten der deutschen Abordnung zur Durchführung der Londoner Vereinbarungen.

WZB Berlin, 21. Dez. Die deutsche Abordnung zur Durchführung der Londoner Vereinbarungen, die unter Leitung des Vizepräsidenten der Rheinprovinz, Dr. Horion, in Koblenz und Düsseldorf mit der Rheinlandkommission bezug auf die Vertreter der Befehlsgewalt verhandelt hat, ist am Ende ihrer Arbeit angelangt. Die Durchführung der in London festgestellten Anwesenheitsbestimmungen ist noch nicht völlig beendet, jedoch die Verhandlungen fortgesetzt worden. Die Aufgabe der deutschen Abordnung bestand niemals in den Verhandlungen über die Durchführung der Ausgewählten und die Wiedereröffnung der verdrängten Beamten, über die Durchführung der Anwesenheit, sowie über die wirtschaftlichen Fragen, die mit der Beendigung der Forderungserwartung zusammenhängen und die in dem Koblenz-Verkommen vom 20. Oktober 1924 ihren Abschluß fanden. Ferner wurde über die Ordnungen der Rheinlandkommission verhandelt. Wichtige Ergebnisse wurden auf den verschiedenen Gebieten erzielt. Die noch übrigbleibenden Punkte bleiben den Verhandlungen von Regierung zur Regierung überlassen. — Aus Anlaß der Beendigung der Arbeiten der deutschen Abordnung haben der Reichspräsident und der Reichszugabe an den Leiter der deutschen Verhandlungen, Vizepräsident Dr. Horion, Dankeschreiben gerichtet.

Ausland.

Nachklänge zur Rede Lord Curzons.

WZB London, 21. Dez. Der Rheinlandbericht-erhalter der Times hebt in einem Telegramm aus Köln hervor, daß die deutschen Blätter aller Richtungen und die politischen Führer Lord Curzons Erklärung stark kritisierten. Eine so ernste Kritik Großbritannien, wie die augenblickliche, sei seit Beginn der Befehlsgewalt noch nie wahrgenommen worden. — Die Morningpost berichtet aus Berlin, die republikanischen Parteien seien sehr enttäuscht, denn sie hätten hart für ein besseres Verhältnis mit den Alliierten gearbeitet. Lord Curzons Erklärung ermede bei ihnen die Befürchtung, daß ihre Bemühungen umsonst gewesen seien.

Eine Anfrage wegen Steuerung der Arbeitslosigkeit im Unterhause.

WZB London, 21. Dez. Im Unterhause ergriff der frühere Finanzminister Graham zur Frage der Arbeitslosigkeit das Wort und wies auf die Notwendigkeit hin, die Zahl der Arbeitslosen, die sich augenblicklich auf einhundert Millionen belaufen, zu vermindern. In seiner Erwiderung erklärte der Finanzminister, daß die Regierung prüfen werde, ob es möglich sei, weitgehende Pläne für die Entlastung der Elektrifizierung des Verkehrs, deren Wirtschaftlichkeit der Staat unterstütze und zu einer Verminderung der Arbeitslosigkeit führen dürfte. Guinnes wies auch auf die Pläne der großen Eisenbahngesellschaften hin, die einen Beitrag zur Lösung der Arbeitslosenfrage bringen würden.

Ein Balkanbund gegen Sowjet-Rußland.

In diesen Tagen haben die Informationen aus Rom und Paris erkennen lassen, Verhandlungen zwischen Vertretern von Bulgarien, Rumänien und Süd-Slawen stattgefunden mit dem Ziel, einen Bund der Balkanvölker zu schaffen, um die Gefahr der Bolschewisierung abzuwehren.

In der Tat hat die bolschewistische Propaganda sich überaus hartnäckig im Balkan festgesetzt, und vorwiegend ist es Rumänien und Bulgarien, wo sich eine sehr gefährliche und raffinierte Agitation der Sowjet-Agenten vollzieht. Nun ist aber ein Balkanbund eine Angelegenheit, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht die Balkanvölker allein angeht, sondern an der insbesondere Italien und Frankreich ein sehr lebhaftes Interesse nehmen müssen. In beiden Hauptstädten ist man etwas misstrauisch gegenüber den Zusammenfassungsbemühungen der gesamten Balkanstaaten. Man hält dort vielfach die bolschewistische Gefahr lediglich für einen Vorwand, um unter dem Deckmantel einer solchen Begründung andere und zwar hochpolitische Ziele zu verfolgen. Das zeigt, daß man weder in Rom noch in Paris seiner politischen Sache bezug, dieser Länder absolut nicht sicher ist. Am weitesten haben gerade Italien und Frankreich das

größte Interesse, die weitere Ausbreitung der bolschewistischen Propaganda in diesen Ländern einzudämmen und damit einen Schußwund gegen die Infiltrierung ihrer eigenen Völker zu schaffen. Der Erfolg der gegenwärtigen Zusammenfassungsbemühungen der Balkanstaaten wird aber auch für die Gestaltung des gesamteuropäischen Bildes nicht ohne belang sein.

Die Agenzia Stefani erhielt vom albanischen Ministerpräsidenten ein Telegramm, nach dem bei der Wiederbefehlsgewalt von Kruma durch die Regierungstruppen 23 Gefangene gemacht wurden, unter denen sich drei serbische Soldaten befanden. Dadurch sei mit Sicherheit der Beweis erbracht, daß Serbien die Krumen im Norden von Albanien führe.

Mobilisierung in Albanien.

WZB Rom, 18. Dez. Die hiesige albanische Gesellschaft teilt mit, daß die albanische Regierung heute die allgemeine Mobilisierung gegen den Bandenüberfall angeordnet habe. In die albanischen Gewässer wurden zwei Torpedobootsäger entsandt.

Eine Beschwerde der albanischen Regierung wegen Serbien an den Völkerbund.

WZB Genf, 21. Dez. Der albanische Ministerpräsident Jannoli hat an den Generalsekretär des Völkerbundes ein Telegramm gerichtet, in dem er die Lage seines Landes schildert und gegen die serbische Regierung den Vorwurf erhebt, daß sie die albanischen Unruhen durch aussergewöhnliche organisatorische Banden hervorgerufen habe. Jannoli bittet den Generalsekretär, bei der serbischen Regierung zu intervenieren damit diesem Zustand, der den Frieden auf dem Balkan gefährdet, ein Ende gemacht würde. Der Generalsekretär hat den Text des Telegramms dem serbischen Vertreter beim Völkerbund überreicht und die Mitglieder des Völkerbundes über seinen Inhalt unterrichtet.

Schwere Kämpfe der Spanier im Andisera-Gebiet.

WZB Madrid, 21. Dez. Nach einer amtlichen Meldung hatten die spanischen Truppen im Andisera-Gebiet schwere Kämpfe mit starken feindlichen Abteilungen zu bestehen. Die Zeitungen berichten von Kämpfen an der Mündung des Maril der Rode von Tezuan, wo starke feindliche Streitkräfte konzentriert seien.

Keine Herabsetzung der amerikanischen Kriegsschiffenforderungen.

WZB Paris, 21. Dez. Javias berichtet aus Washington, eine offizielle Persönlichkeit des Staatsdepartaments für Auswärtiges habe erklärt, die in der Presse veröffentlichte Nachricht entbehere jeder Grundlage, nach der die Vereinigten Staaten geneigt seien, ihre materiellen Kriegsschiffenforderungen herabzusetzen, wenn der Gesamtbetrag dieser Forderungen durch die gemeinsame Kommission genauer festgestellt sein werde. Die Vereinigten Staaten wollten im entgegenkommenden Sinne über die Zahlungsstermine, die Dauer der Rückzahlung und die Zahlungsbedingungen verhandeln, damit keiner der interessierten Staaten geschädigt werde.

Kirchliches.

Zum Heiligen Jahre.

Bekanntlich beginnt das Heilige Jahr (Anno Santo) am 24. Dezember mit der feierlichen Eröffnung der Heiligen Türe (Porta Santa) in den vier Patriarchatskirchen Roms St. Peter, St. Paul, San Giovanni und S. Maria Maggiore.

Die feierliche Handlung findet in St. Peter statt, wo die Heilige Türe vom St. Vater selbst geöffnet wird. Die Heilige Türe bleibt außer dem Jubiläumsjahr stets geschlossen. Ihre Öffnung veranlaßt den Beginn des Heiligen Jahres, mit dessen Ende sie auch wieder geschlossen wird. Die Eröffnungszeremonie der Heiligen Türe wird in folgender Weise am Nachmittage des 24. Dezember stattfinden:

Der Heilige Vater erscheint, in einer Sänfte getragen, die Kette in der Hand, umgeben von Kardinalen und dem gesamten päpstlichen Hofe, in der Vorhalle der Basilika, wo ihn die Gläubigen und die Würdenträger erwarten. Nachdem der Papst den bereitgestellten Thron bestiegen hat, wird er mit einem weißen Leberwand bekleidet, die Kette in der Hand, schreitet er zur Heiligen Türe und schlägt mit dem goldenen, vom päpstlichen Sekretariat ihm überreichten Hammer dreimal gegen die Mauer der Heiligen Türe, zu jedem Schläge eine liturgische Betschrift anstimmend, den der Chor beantwortet. Darauf bestiegt der Heilige Vater abermals den Thron und stimmt einen Psalm an, während die bereits vorher losgelassene Mauer auf einem bereitgestellten Wagen fortgeführt wird. Der Papst steht ein Gebet vor und leert dann, das Te Deum anstimmend, zur Porta Santa zurück. Beim zweiten Vers tritt er in die Basilika ein, gefolgt von den Kardinälen, Bischöfen, dem ganzen Hofstaat und allen Anwesenden. In diesem feierlichen Augenblicke läuten die Glocken von St. Peter und aller anderen Kirchen Roms.

Der Hammer und die Mauerfelle, die der Papst bei diesem besonderen Anlaß benutzen wird, sind kostbar, aus Gold, Eisenblech und Edelsteinen hergestellt, kleine Kunstwerke. Auf dem Hammer befindet sich in lateinischer Sprache die Inschrift: „Aperit mihi portas iustitiae.“ (Öffnet mir die Tore der Gerechtigkeit.) Die Mauerfelle trägt die Worte: „Collocamus lapidem cum iudicabit.“ (Wir legen den Stein mit Gerechtigkeit hin.) Beide Werkzeuge zeigen ferner die Aufschrift: „Anno iubilaei MCMXXV.“

Büchertisch.

Die Kirche und das neue Europa. Sechs Vorträge für gläubige und suchende Menschen von Dr. Engelbert Krebs, Professor der Theologie an der Universität zu Freiburg i. Br. S. 84 (S. 192 S.) Freiburg i. Br. 1924, Herder; Antonier G. M. 3.50.

Das gesamte Geschehen der letzten 10 Jahre hat nicht nur politische und wirtschaftliche Dinge grundlegend umgestaltet, sondern auch die Welt, die uns umgibt, auf eine neue Grundlage gestellt. So ist denn die Frage lebendig geworden: Kann Europa noch einmal zur Weltgemeinschaft kommen?

Und diese Frage quält uns mit unbefriedigter Sehnsucht. Engelbert Krebs hat in der St. Martinskirche in Freiburg in 6 Vorträgen diese Frage besprochen. Diese Vorträge liegen nun vor, und gehen die klare und überzeugende Antwort, daß Europa durch die Kirche wieder zur Weltgemeinschaft kommen kann und kommen muß.

Vielleicht bietet sich noch einmal Gelegenheit, darauf

in den Spalten dieses Blattes einzugehen. Für heute auf den Seiten dieses Blattes eingezogen. Für heute auf den Seiten dieses Blattes eingezogen.

Der reichste Jüdische Roman von Katharina Hofmann. S. 84 (S. 454 S.) Freiburg i. Br. 1924, Herder.

Wie in ihrer Erzählung „Holzgraf Hugo“ den Tübinger stellt uns die Verfasserin auch im vorliegenden Werk eine vollständige Gestalt aus der Geschichte vor. Oberhard, den Grafen im Barte von dem man heute noch singt, sowie die deutsche Jungfrau Kling. Sein ganzes wechselläufiges Leben, sein Glück und Unglück, sein väterliches Wirken für sein Land, das ihm die Liebe seiner Untertanen sicherte, daß er von sich selbst sagen konnte: er könne auch im dichtesten Walde sein Haupt jedem Unruhen in den Schoß legen — all das zieht an uns vorüber und ist die lebendige Lehre, daß im Wechsel der Zeiten doch das Gute und Wahre ewig bestehen bleibt.

Ortsnachrichten aus dem Kreise Olpe.

Olpe, 22. Dez. Am 22. Januar verkehrt abends auf der Strecke Oerlinghausen-Kölnmühle etwa 7,15 Uhr in die Richtung Olpe. Die Arbeiter aus dem Ort Olpe.

Olpe, 22. Dez. Winterpostenbesuche 1924-25. Die Reichsbahndirektion Olpe wird voraussichtlich am Dienstag, dem 23. Dezember die Beförderungsbestimmungen und die Fahrpläne über die Winterpostenbesuche in einem besonderen Heft herausgeben, das zum Selbstkostenpreis von 20 Pf. verabschiedet wird. Das Heft enthält neben den Beförderungsbestimmungen und dem Fahrplan der Sonderzüge Angaben über Anschlußverbindungen, günstige Zugverbindungen nach und von Weidenhagen und Lützenfeld, sowie Fahrpreise für Sonderzug-Rückfahrkarten und Sonntags-Rückfahrkarten. Die Sonderzüge werden nur gefahren bei sehr guter Schneelage und günstigen Witterungsverhältnissen in Winterberg. Die Meldungen aus den Winterportgebieten Winterberg, Fredeburg, Willingen, Meinerzhagen und Lützenfeld über Schnee- und Witterungsverhältnisse werden stets freitags vorm. zugleich mit der Anordnung, ob die Sonderzüge verkehren oder nicht bekannt gemacht durch Aushang auf den Stationen, durch Mitteilung an die Zeitungen und in sonst geeigneter Weise. Zu den Sonderzügen werden bei den Fahrkarten-Zusagen der in den Fahrplänen mit Kreuzen gekennzeichneten Stationen Sonderzug-Rückfahrkarten 3. und 4. Klasse zu Zweidrittel Prozent ermäßigten Preisen ausgeben. Die Beförderung der Fahrkarten kann auch Samstags erfolgen. Die Sonderzug-Rückfahrkarten 4. Klasse gelten auf der Sonderzugstrecke sowohl auf der Hin- als auch auf der Rückfahrt nur zu den Sonderzügen, auf Strecken Wenneberg und Willingen, sowie zur Rückfahrt innerhalb der Gültigkeitsdauer sowohl zu den Sonderzügen als auch zu den regelmäßig verkehrenden Zügen, bei Benutzung von Schnellzügen gegen Zahlung des Schnellzug-Zuschlages. Für den Verkehr nach und von den Winterportgebieten Meinerzhagen und Lützenfeld werden Sonntags-Rückfahrkarten 3. und 4. Klasse zu Zweidrittel Prozent ermäßigten Fahrpreises ausgegeben. Diese Karten gelten bereits von Samstag mittags 12 Uhr ab zur Hin- und zur Rückfahrt und zur Rückfahrt am Sonntag mit Personenzug. Auf Grund der Karten können auch zur Hin- und zur Rückfahrt von Willingen über Olpe die Sonderzüge benutzt werden. Je ein Sonderzug fährt Samstagsnachmittags 3.50 Uhr ab Düsseldorf über Olpe nach Willingen, ab Willingen 3.25 Uhr nachmittags über Olpe nach Willingen, ab Willingen 3.25 Uhr nachmittags über Olpe nach Willingen, ab Willingen 3.25 Uhr nachmittags über Olpe nach Willingen.

Der Verkehr nach und von den Winterportgebieten Meinerzhagen und Lützenfeld wird bei besonderen Sonntags-Rückfahrkarten gestrichen. Für die Benutzung dieser Sonntagskarten sind günstige Zugverbindungen in dem Sonderbefehl angegeben. Schneehöhe und Nebelverhältnisse dürfen in die Abreise der Sonderzüge mitgenommen werden.

Drolshagen, 19. Dez. In der am 16. d. M. stattgefundenen Stadtkonferenz, in welcher sämtliche Vertreter erschienen waren, wurde die Tagesordnung wie folgt erledigt:

1. Der Antrag auf Zurechtstellung der Hundesteuer wurde abgelehnt.
2. Dem Antrag auf Niederlegung der Vergütungssteuer für den hiesigen Gefangenen-Betriebsrat wurde stattgegeben mit dem Bemerkten, daß in Zukunft keine Vergütungssteuer mehr niedergelegt werden soll, da die Stadt wegen der ungünstigen finanziellen Verhältnisse auf diese Einnahmequellen unbedingt angewiesen ist.
3. Der Antrag auf Ueberlassung eines Bauplatzes wurde bis zur nächsten Sitzung vertagt, zwecks persönlicher Rücksprache mit dem Antragsteller.
4. Zur Anschaffung von elektrischen Zählern sollen Offerten eingeholt werden.
5. Für die Beileger des Mieteneinigungsamtes wurden 2 Mark pro Sitzung bewilligt.
6. Ausbau der Werkstätte zu Wohnungen wurde wegen verhältnismäßig hoher Kosten abgelehnt.
7. Es wurde beschlossen, den Kreisauschuss um Aufforderung zu bitten, wie die Kreis- und Staatssteueranteile auf die Gemeinden umgelegt werden.
8. Der Antrag auf Bewilligung zur Verkleinerung der Provinzialstraße wurde abgelehnt. An die Provinz wurde der Antrag gestellt wegen der enormen Staubentwicklung infolge der an der Provinzialstraße verkehrenden Kraftwagen.
9. Der Antrag auf Verkleinerung der Provinzialstraße wurde abgelehnt. An die Provinz wurde der Antrag gestellt wegen der enormen Staubentwicklung infolge der an der Provinzialstraße verkehrenden Kraftwagen.
10. Der Antrag auf Verkleinerung der Provinzialstraße wurde abgelehnt. An die Provinz wurde der Antrag gestellt wegen der enormen Staubentwicklung infolge der an der Provinzialstraße verkehrenden Kraftwagen.
11. Der Antrag auf Verkleinerung der Provinzialstraße wurde abgelehnt. An die Provinz wurde der Antrag gestellt wegen der enormen Staubentwicklung infolge der an der Provinzialstraße verkehrenden Kraftwagen.

Drolshagen, 19. Dez. In der am 16. d. M. stattgefundenen Stadtkonferenz, in welcher sämtliche Vertreter erschienen waren, wurde die Tagesordnung wie folgt erledigt:

1. Der Antrag auf Zurechtstellung der Hundesteuer wurde abgelehnt.

2. Dem Antrag auf Niederlegung der Vergütungssteuer für den hiesigen Gefangenen-Betriebsrat wurde stattgegeben mit dem Bemerkten, daß in Zukunft keine Vergütungssteuer mehr niedergelegt werden soll, da die Stadt wegen der ungünstigen finanziellen Verhältnisse auf diese Einnahmequellen unbedingt angewiesen ist.

3. Der Antrag auf Ueberlassung eines Bauplatzes wurde bis zur nächsten Sitzung vertagt, zwecks persönlicher Rücksprache mit dem Antragsteller.

4. Zur Anschaffung von elektrischen Zählern sollen Offerten eingeholt werden.

5. Für die Beileger des Mieteneinigungsamtes wurden 2 Mark pro Sitzung bewilligt.

6. Ausbau der Werkstätte zu Wohnungen wurde wegen verhältnismäßig hoher Kosten abgelehnt.

7. Es wurde beschlossen, den Kreisauschuss um Aufforderung zu bitten, wie die Kreis- und Staatssteueranteile auf die Gemeinden umgelegt werden.

8. Der Antrag auf Bewilligung zur Verkleinerung der Provinzialstraße wurde abgelehnt. An die Provinz wurde der Antrag gestellt wegen der enormen Staubentwicklung infolge der an der Provinzialstraße verkehrenden Kraftwagen.

9. Der Antrag auf Verkleinerung der Provinzialstraße wurde abgelehnt. An die Provinz wurde der Antrag gestellt wegen der enormen Staubentwicklung infolge der an der Provinzialstraße verkehrenden Kraftwagen.

10. Der Antrag auf Verkleinerung der Provinzialstraße wurde abgelehnt. An die Provinz wurde der Antrag gestellt wegen der enormen Staubentwicklung infolge der an der Provinzialstraße verkehrenden Kraftwagen.

11. Der Antrag auf Verkleinerung der Provinzialstraße wurde abgelehnt. An die Provinz wurde der Antrag gestellt wegen der enormen Staubentwicklung infolge der an der Provinzialstraße verkehrenden Kraftwagen.

auf den Straßen unterbleiben, da diese zu einem Unfall ausarten.

12. Die Richtleitung zum Bahnhof soll weiter ausgebaut werden.

13. Der freiwilligen Feuerwehr wurden 150 Mark zur Anschaffung von Uniformen bewilligt. Ferner soll für die Feuerwehr ein Plan von sämtlichen Hydranten und Schiebern angefertigt werden. Verschiedene gefunkene Hydranten sollen gebohrt, das Dach des Feuerturmes repariert, und die nicht mehr vorhandenen Hydranten durch erneuert werden.

14. Die Umlegung einer Straßenlaterne wurde zwecks Beseitigung einer Orisbefehligung vertagt.

15. Damenobst, 22. Dez. Die hiesige Kaffee-„Wesfälische Kaffee“ beabsichtigt, Ende des J. ihren Betrieb völlig einzustellen in Ermangelung lohnender Aufträge. Die gesamten Arbeiter, etwa 30, haben daher jetzt ihre Kündigung erhalten, was sehr zu bedauern ist.

Provinzielles.

Olpe, 19. Dez. In der Fabrik Johann C. Harkat kam eine junge Arbeiterin dem Heiseln so nahe, daß ihre Kleider Feuer fingen. Sie wurde ebenfalls in diesem Betriebe beschäftigte Mutter ihr zur Hilfe eilen wollte, gerieten ihre Kleider in Brand. Beide liegen nun mit schweren Verletzungen im Krankenhaus. Die Arbeiterin dürfte kaum mit dem Leben davon kommen, auch bei der Mutter ist der Zustand bedenklich.

Olpe, 19. Dez. Die Tappasepemie ist, nachdem sie in Solingen-Wald zum Stillstand gekommen war, auf Olpe übergegriffen. Bisher sind fünf Kranke ins Krankenhaus eingeliefert worden. Ein Todesfall ist zu verzeichnen.

WZB Duisburg, 21. Dez. Ein siebenjähriges Mädchen von einem Auto überfahren und getötet. Hier wurde auf der Steinbruchstraße ein siebenjähriges Mädchen von einem Personentransportwagen, der einem Santhofen ausweichen wollte und dabei stark den Bürgersteig streifte, erfaßt und überfahren. Das Mädchen wurde so schwer verletzt, daß es auf dem Transport zum Krankenhaus starb. Der Kraftwagenführer fuhr weiter, ohne sich um die Überfahrte zu kümmern. Ein hinter dem Auto herfahrender Radfahrer konnte aber die Nummer feststellen.

WZB Koblenz, 18. Dez. Die Leichen der letzten Hochwasserkatastrophe. Auf Grund der bei dem letzten Hochwasser gemachten Erfahrungen wird durch die beteiligten Verwaltungen, für die preussische Rheinreise durch die Rheinstrombauverwaltung in Koblenz, eingehend geprüft, in welcher Weise der Hochwasser-Nachrichtendienst verbessert werden, insbesondere, wie die Verbreitung der Nachrichten beschleunigt und wie in engen Zusammenarbeiten mit den Wetterdienststellen durch drählige Berichte über Wetterlage und Niederlage im Stromgebiet des Rheins eine möglichst frühzeitige und sichere Beurteilung der Hochwassergefahr erreicht werden kann. Die Hochwasser-nachrichten sollen künftig auch durch das WZB verbreitet werden.

Ferner sind Untersuchungen darüber eingeleitet, ob regelmäßig häufigen und starken Hochwasser, die im Rheingebiet in den letzten Jahren eingetreten sind, zurückzuführen sind und ob die verheerenden Folgen des Hochwassers künftig wenigstens teilweise nicht durch besondere Maßnahmen, wie Bau von Deichen, Überhöhung von Straßen, Baubefreiungen im Überschwemmungsgebiet und dergl. vermindert oder zum mindesten vermindert werden können.

WZB Erfurt, 18. Dez. Hinrichtung eines Mörders. Heute früh wurde auf dem Hofe des Landesrichtungsgefängnisses in Erfurt der Bandit Gieseler aus Riegen, der seine Frau ermordet hatte, hingerichtet.

WZB Stuttgart, 21. Dez. Eine Entschädigung zum Schutz des Ulmer Münsters. Der Bundespräsident nahm unter dem Vorbehalt des Staatspräsidenten Basille eine Entschädigung an, bezugslos Regierung und Volksvertreter nachdrücklich auf den gefährlichen baulichen Zustand hingewiesen werden soll, in dem sich das Ulmer Münster befindet. Auch das Reich und der Reichstag sollen für das Ulmer Münster als eines ganz Deutschland berührenden Nationaldenkmals um Hilfe angegangen werden.

Vermischtes.

Zusammenfassung eines Neubaus.

Berlin, 21. Dez. Auf ungeklärte Weise dürfte ein Flügel eines Neubaus des Allgemeinen Spar- und Bauvereins in Neumünster in sich zusammen und begrub 8 Handwerker unter seinen Trümmern. Die Bergung der Toten und Verletzten gestaltet sich überaus schwierig, da eine große Mauer ebenfalls einstürzen droht. Nach langem Bemühen gelang es, 8 Leichen zu bergen. Vier mehrere Arbeiter wurden in schwerverletztem Zustande ins Krankenhaus eingeliefert.

Der Bublikopf.

WZB Berlin, 21. Dez. Die in den letzten Tagen bei der Berliner Polizei erstatteten zahlreichen Angaben über die Tätigkeit eines Zaphobienhebers sind von der Kriminalpolizei aufgeklärt worden. Läter sind die betreffenden Mädchen selbst, die auf einbrüchliches Verhör hin gestanden, sich das Haar abgeschnitten zu haben, um auf diese Weise von ihren Eltern die Erlaubnis zum Tragen eines Bublikopfes zu erlangen.

Ein geheimnisvoller Giftmord.

WZB Berlin, 21. Dez. Der Verfalltathhaber Klog in Blasen ist nach einer Blättermeldung aus Dresden gestern nach dem Tode von Klog, das ihm durch die Witz zugestellt worden war, gestorben. Nach den polizeilichen Ermittlungen besteht die Vermutung, daß sich Klog selbst das Gift selbst zugeführt hat, das einige vergiftete Stühle enthielt, um ein Verbrechen vorzutäuschen und Selbstmord zu verüben, zu dem ihn seine ungünstige Vermögenslage getrieben hat.

Eine Bärenjagd im Thüringerwald.

In Aulha hat es dieser Tage eine richtige Bärenjagd gegeben. Meister Böh gehörte einer umherziehenden Truppe an. Man hatte ihn abends an einen Platz angebunden, von dem er sich losriß und in die Aulhaer Wälder entwich. Drei Stunden lang wurde er von seinen Besitzern vergeblich gesucht. Schließlich erbot sich ein Aulhaer Bürger, mit seinem bayerischen Gebirgswaldhund die Suche aufzunehmen. Der Hund wurde auf die Fährte geleitet und nach anderthalb Stunden Verfolgung verließ er den Bären, der sich auf dem hohen Berner (eigentlich: wies Bärenberg genannt) hinter einer Fährte sein Versteck gemacht hatte und nun den Weg in die Gefangenschaft wieder antreten mußte.

Ph. Wahl, Weidenau-Sieg.

Wissen Sie schon?

daß Sie bei uns zum Weihnachtsfest bei Anzahlung ab 15.— M ein
praktisches Weihnachtsgeschenk gratis erhalten.

Wer daher Bedarf hat in:

Herren-
Burschen-
Knaben-
Bekleidung

**Erleichterte
Zahlungs-Bedingungen!**

der veräume nicht diese günstige Gelegenheit und gehe zu

Damen-
Backfisch-
Mädchen-
Bekleidung

Siegen
Marburger-
Straße 55.

Silberpfennig

Siegen
Marburger-
Straße 55.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 40 der Jagdordnung vom 15. Juli 1907 verleiht es für 1925 für den Regierungsbezirk Arnsberg bezüglich der Schonzeit für Wild- und Fasanenheiden bei den gesetzlichen Terminen (1. Februar bis 15. September).

Arnsberg, den 10. Dezember 1924.

Der Bezirksausschuß.



Trauringe,

Jugendlos, aus hartgewaltem, widerstandsfähigem Gold. Hübsche Formen. — Alle Größen in verschiedenen Preislagen vorrätig.

Anno Schulte,
Olpe, am Markt.

Winterkleidung.

Straßenbahner-Winter-Mäntel, ausgebessert, teils ganz vorzüglich erhalten, welche als Fahrer, Wächter, Rutscher- und Arbeitsmäntel Dienste leisten wie neue Mäntel 14.—, 16.—, 18.—, 20.— Gmt. je n. Gr. Gebr. Straßenbahnermäntel 4.—, 5.—, 6.—, mit neuem Winterfutter, gut ausgebessert 8.—, 9.—, 10.— Gmt. Gebr. Straßenbahner-Gummiregenmäntel, teils gew. amerik. Mtl.-Regenmäntel 6.— 8.— 10.— Gmt. Gebr. vorzügl. erhaltene engl. Mtl.-Gummipelerinen gehen je nach Beschaffenheit. Winter-Bodenjoppen, warm gefüllt, zweifelh. mit Russischden 25.—, schwere Boden-Wirtschaftsjoppen, dunkelgrün, warm gefüllt 30.—, Tricot-Bodenjoppen, dunkelgrün, schwere Qualität, m. warm. Futter 34.—, m. mittlerem Fellsfutter 40.—, Winter-Arbeitsjoppen aus dicken starken Boden- u. Flauschstoffen sowie Winterjoppen in selbstgrau 22.—, stark. Samt-manchester-Arbeitsjoppen 14.—, echt engl. Lederhosen Marke Hercules 8.—, Marke Record 8.—, Plüschhosen Marke Ellenfest 6.— Gmt.

Preisliste über sonstige Sport- u. Berufsbekleidung, Unterziehmäntel, Strümpfe, Handschuhe, etc. etc. franko. Bei Bestellung von Mänteln, Joppen, Röcken, Hosen Gr. d. Person, Brustumfang, Bundweite, Schrittlänge, bei Schuhzeug Maßl. oder Z.-maß angeben.

Verand portofrei per Postnachn. Bei Abgabe-lassen Umtausch. An Gr.-Abnehmer u. Wiederverkauf Preisnachlaß.

Fa. Kollermann, Versandhaus,
Berl.-N. Köpenick, Wollenbörsestr. 94-95. (Sof. u. 72.)

**Geschenkartikel und
Verlosungsgegenstände**

empfehlen in großer Auswahl

Gebrüder Clemens, Olpe,
Martinsstraße 18.

Leder-waren kauft man in der -Handlung Harnischmacher

Zur gefälligen Beachtung.

Meine Wirtschaft ist am ersten
Weihnachtstage

geschlossen.

Joseph Stahl,
Rothemühle.

Haben

Sie etwas zu färben oder
zu reinigen, dann bringen
Sie selbige zu
Gebrüder Clemens,
Olpe, Martinsstraße 18.

Rheumatismus, Gicht, Ischias, Ner- venschmerzen, Glieder- reißen usw.

Schreibe allen Leidenden
gern umsonst, womöglich schon
viele Tausende von ihren
schweren Leiden selbst
befreiten. Nur Rückmarke
ist erwünscht.

Walter Althaus
Heiligenstadt (Eichsfeld) 061



Zwei gute
Ziegen
zu verkaufen.
Olpe, Josephstr. 16.

Wir suchen

Brennholz

in Stangen etc. zu kaufen. Angebote franko
Werk erbeten.

Attendorner Kalkwerke,
Attendorf.

Leistungsfähige und eingeführte

Wurstwarenfabrik

sucht zum Besuch der einschlägigen Kundschaft einen
tüchtigen

Provisionsvertreter.

Angebote mit Referenzen unter H 6152 an die Ge-
schäftsstelle bis. Bis.

Haben Sie 'ne „Gute Fee“ zu Haus?

Wo im Haus 'ne „Gute Fee“,
Gibt es weder Leid noch Weh'.

„Gute Fee“
„Gute Fee“
„Gute Fee“
„Gute Fee“
„Gute Fee“
„Gute Fee“
„Gute Fee“

erf. seit Kurzem im Handel, hat schon die Welt im Sturm erobert.

Ist das hervorragendste Heilmittel, das die Welt je gekannt hat. Seine Erfolge sind einzig in ihrer Art.
Ist das Mittel, welches von jahrelang quälenden Gicht-, Ischias- und rheumatischen Schmerzen radikal befreit.

Ist das unergründliche Mittel bei Neuralgie, Grippe, Kopf- und Nervenschmerzen. Es hilft sofort.
Ist keine chemische Arznei, sondern ist aus verschiedenen heilkräftigsten Pflanzenstoffen hergestellt.

greift das Herz nicht an, im Gegenteil stärkt es.

Ist ein absolut unschädliches, giftfreies Präparat in Extraktform, welches nicht allein Schmerzen für den Augenblick stillt, sondern auch das Leiden in uns kurzer Zeit ein für alle Male wirklich beseitigt.

So etwas ist noch nicht dagewesen!

„Gute Fee“

heilt das Leiden — und wir können es beweisen

an Hand der vielen Dankschreiben. / **Unaufgefordert** schreiben uns am 20. Oktober 1924 Herr und Frau Georg Eckert, Trilseburgstr. 1, Tübingen (Württemberg).

„Nicht länger will ich käumen, Ihnen über mein Befinden bzw. Sachlage Bericht zu erstatten. Ihr Mittel ist einfach großartig. Nichts hat geholfen, nachdem ich schon 3 Monate lang keine Nacht schlafen konnte, vor Schmerzen am Beckenrand war. Ich habe zu Ihrem Mittel, aufrichtig gesagt, kein Vertrauen mehr, da ich ja schon so Vieles probierte und keines Verrückung brachte. Was ich nicht mehr für möglich hielt, ist durch Ihr Mittel zur Wahrheit geworden, daß ich von meinem hartnäckigen Leiden befreit wurde. Wie wohl mir zu Rate ist, kann ich niemandem sagen. Nehmen Sie nun für Ihre Hilfe meinen heißen Dank entgegen.“

Wenn jemand, den wir nie im Leben gesehen haben, unaufgefordert einen solchen Brief schreibt, dann ist es eben ein weiterer schlagender Beweis für die glänzenden Wirkungen unseres Heilmittels „Gute Fee“.

Das ist kein fauler Zauber, das ist einfach Tatsache.

Der Preis des „Gute Fee“ ist Mark 3.— frei Haus gegen vorherige Einsendung des Betrages.

Aus Reklamegründen erhält bis zum 31. Dezember 1924 jeder 50ste Besteller eine Flasche „Gute Fee“, gratis und franko.

Nur ein Versuch kann überzeugen!

Mark 3.— ist ein so geringer Betrag, daß ein Jeder, der leidet, es sich leisten kann, gesund zu werden.

Bitte Namen und Adresse recht deutlich zu schreiben.

Wieland-Apotheke, Versand-Abtlg. 2799
Berlin W. 15, Hohenzollerndamm 2.